



Liebe Leserinnen und Leser, am Donnerstag haben wir das Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch beschlossen. Das Gesetz stellt sicher, dass Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, besser informiert werden. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung veröffentlicht zukünftig eine bei der Bundesärztekammer geführte Liste über Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Zudem haben Ärzte jetzt die Möglichkeit, auf die Tatsache hinzuweisen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Besonders hervorzuheben ist, dass das **Verbot der Werbung** für den Schwangerschaftsabbruch bestehen bleibt, um den Schutz des ungeborenen Lebens zu gewährleisten.

Ihre 

Finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Folgen des Brexit

In dieser Woche haben wir die Brexit-Begleitgesetze im Bundestag beschlossen.

Für den Fall eines unregelmäßigen Brexits haben wir Übergangsregelungen für aktuell 300.000 im Vereinigten Königreich lebende Deutsche und 115.000 in Deutschland lebende Briten geschaffen.

Hintergrund ist, dass mit dem Brexit auch die Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, die in verschiedenen EU-Verordnungen geregelt sind, entfallen. Diese EU-Verordnungen bilden bisher die Rechtsgrundlagen für die Gleichstellung der Leistungen unter anderem bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und in Bezug auf Rentenleistungen. Die Übergangszeit soll 5 Jahre betragen.

Bei Riester Verträgen haben wir dafür gesorgt, dass nicht die schädliche Verwendung ausgelöst wird, wenn Steuerpflichtige bei „Altverträgen“ ihren Wohnsitz im Vereinigten Königreich haben.

Ebenso wird die Rechtsform der Limited steuerlich fortgeführt.

Das Gesetz ermöglicht es der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Finanzmarktbereich, für maximal 21 Monate Maßnahmen zur Vermeidung von Nachteilen für die Funktionsfähigkeit oder die Sta-

bilität der Finanzmärkte bzw. zum Schutz der Versicherungsnehmer zu treffen.

.....

Unternehmensteuerrecht modernisieren

Neben dem Brexit ist auch die Steuerreform in den USA Anlass, über eine Modernisierung des Steuerrechts nachzudenken.

Konkret schlagen wir deshalb vor, für mehr Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen, indem wir die Steuerbelastung für nicht ausgeschüttete Gewinne bei maximal 25 Prozent deckeln, sowohl für Kapitalgesellschaften als auch für Personengesellschaften.

Zudem wollen wir Strukturen optimieren, indem wir Förderungen und Strukturen simpler gestalten und sie an die realen Herausforderungen und Strukturen von Unternehmen im Jahr 2019 anpassen.

Indem wir zeitnahe Betriebsprüfung fördern und Erklärungs- und Meldepflichten reduzieren, werden wir unnötige Bürokratie abbauen.

.....

DigitalPakt kommt

Am Mittwoch hat sich der Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule geeinigt.

Durch den DigitalPakt Schule werden wir in dieser Legislatur-

periode 3,5 Mrd. € für digitale Bildungsinfrastrukturen an den Schulen bereitstellen. Insgesamt werden über einen Zeitraum von fünf Jahren 5 Mrd. € zur Verfügung gestellt.

Die jetzt gefundene Einigung sieht vor, dass die Länder künftig dazu verpflichtet werden, die Bundesmittel **zusätzlich** zu den Landesmitteln einzusetzen. In der Vergangenheit war dies leider nicht immer der Fall.

Wichtig war uns zudem, dass der Bund bei Mitteln, die an die Länder fließen, auch die zweckentsprechende Mittelverwendung kontrollieren darf.

Kinder- und Jugendhilfe

Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, eine Anlaufstelle für Betroffenen und Beteiligten der Kinder- und Jugendhilfe einzurichten. Die Betroffenen und Beteiligten sollen hier vertraulich berichten können, welche Erfahrungen sie mit dem Hilfesystem und den familiengerichtlichen Verfahren gemacht haben.

Des Weiteren soll die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in den Kinderschutz-Verfahren vorangetrieben und die Forschung in dem Bereich ausgebaut werden.

Integrationskommission gegründet

Die Fachkommission soll Empfehlungen zu wesentlichen integrationspolitischen Fragen erarbeiten. Sie schlägt Standards vor, um Integrationsmaßnahmen weiter zu verbessern und nachhaltige Strukturen zu schaffen.

Berufen wurden 24 renommierte Persönlichkeiten aus der Wissenschaft und der Praxis in den Kommunen und den Ländern mit herausragender Kompetenz in den relevanten Themenfeldern.

Der Ergebnisbericht soll dem Bundestag Mitte 2020 vorgelegt werden.

Lebensmittelverschwendung reduzieren

Am Mittwoch wurde die Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung vorgestellt.

Sie stellt mögliche Ursachen der Lebensmittelverschwendung dar und zeigt die Herausforderungen und Handlungsfelder auf, die sich für die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung entlang der Lebensmittelversorgungskette ergeben.

Daneben setzen wir auch auf Innovation und Digitalisierung. Dazu gehören Apps wie die ‚Beste-Reste-App‘, die Kochideen bietet, wie sich aus übriggebliebenen Lebensmitteln viele leckere Gerichte zubereiten lassen. Dazu gehören digitale Angebote, um die Weitergabe und das Teilen von Lebensmitteln in der Nachbarschaft oder an gemeinnützige Organisationen zu erleichtern. Und dazu gehören intelligente Verpackungen, die durch Farben anzeigen, wie lange ein Produkt noch haltbar ist.

Die Entwicklung von solchen intelligenten Verpackungen, die das Mindesthaltbarkeitsdatum ergänzen können, fördern wir mit 3,5 Mio. €. Damit wollen wir Verbrauchern eine bessere Orientierung bieten, damit unnötige Lebensmittelabfälle gar nicht erst entstehen.

